

## **EINWOHNERRAT**

Gemeindehausplatz 1  
Postfach  
6048 Horw  
info@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**  
Sitzungsdatum **4. Februar 2021, 16.00 – 21.50 Uhr**  
Sitzungsort **Horwerhalle**  
Vorsitz **Ivan Studer**

Kontakt **Claudia Stadelmann**  
Telefon **041 349 12 24**  
E-Mail **claudia.stadelmann@horw.ch**

## **PROTOKOLLAUSZUG**

Anwesend **29** Einwohnerratsmitglieder      Entschuldigt **-** Lehner Larissa  
**5** Gemeinderatsmitglieder  
**1** Gemeindeschreiberin

### **Traktandenliste**

- 3. B+A Nr. 1666 Teilrevision Ortsplanung: Räumliches Entwicklungskonzept (REK) 2040**

Seite 2

### **3. B+A Nr. 1666 Teilrevision Ortsplanung: Räumliches Entwicklungskonzept (REK) 2040**

#### **Eintreten der vorberatenden Kommission Ortsplanungsrevision**

Im September 2010 hat das Stimmvolk der Totalrevision der Ortsplanung Horw zugestimmt und der Regierungsrat hat sie im 2011 genehmigt und in Kraft gesetzt. Die Nutzungsplanung, bestehend aus dem Zonenplan und dem Bau- und Zonenreglement, soll alle 10 Jahre aktualisiert werden und steht uns somit jetzt wieder bevor.

Dabei können, respektive müssen auch gleichzeitig Anpassungen im Planungs- und Baugesetz vorgenommen werden, welches per 01.01.2014 in Kraft gesetzt worden ist. Zusätzlich muss die Nutzungsplanung an das geänderte kantonale Planungs- und Baugesetz angepasst werden und die neuen, harmonisierten Baubegriffe und Messweisen gemäss interkantonaler Vereinbarung müssen übernommen werden. Der wichtigste Punkt dabei ist, dass die Ausnützungsziffer durch die Überbauungsziffer abgelöst wird.

Im Weiteren hat der Bund das neue Gewässerschutzgesetz per Ende 2009 revidiert und verlangt das Ausscheiden von Gewässerräumen, was er an die Gemeinden delegiert hat. Ebenso müssen Verkehrszonen eingeführt werden.

Eine Teilrevision der Ortsplanung erfolgt in mehreren Schritten. In einer ersten Phase wird das räumliche Entwicklungskonzept REK für den vorgesehenen Planungshorizont, bei uns 2040, erarbeitet. In der zweiten Phase werden das Bau- und Zonenreglement und die Zonenpläne gemäss dem neuen REK überarbeitet und die vorerwähnte Harmonisierung sowie die Ausscheidung von Gewässerräumen vorgenommen. Logischerweise orientiert sich die Überarbeitung am räumlichen Entwicklungskonzept 2040.

Dem REK 2040 kommt also eine sehr hohe Bedeutung zu. Es ist das zentrale Planungsinstrument und wird das Ortsbild der einzelnen Quartiere, aber auch die zusammenhängende Siedlungsstruktur massgeblich über Jahrzehnte und damit Generationen hinweg prägen. Entsprechend vorsichtig und umsichtig muss bei der Erarbeitung des REK vorgegangen werden, was in Horw – wenn man die Stellungnahmen der verschiedenen kantonalen Departemente und Abteilungen liest – offenbar fast mustergültig erfolgt ist.

Das REK 2040 ist durch ein professionelles Planungsteam erarbeitet und von der gemeinderätlichen Ortsplanungskommission begleitet worden. Alle erforderlichen Unterlagen für die Teilrevision der Ortsplanung werden von der Projektsteuerungsgruppe zusammengetragen.

Die Bevölkerung hat in einem öffentlichen Mitwirkungsverfahren sowie anlässlich von Quartiergesprächen Stellung dazu nehmen können, wie das jetzt auch die einwohner-rätliche vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision und heute der Einwohnerrat können. Interessanterweise ist bei der Umfrage beim Gewerbe im Jahr 2020 mit einem Rücklauf von 175 Rückmeldungen bei 974 angeschriebenen Betrieben, was einer Rückmeldequote von rund 19% entspricht, eher enttäuschend gewesen.

Die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats hat den B+A 1666 und insbesondere das REK 2040 intensiv beraten. Sie hat nebst dem REK 2040 auch die darin enthaltenen fünf Leitideen besprochen und die möglichen Siedlungsentwicklungen in vier Schlüsselgebieten nach innen analysiert und diskutiert.

Jürg Biese (FDP)

Es ist aber für die Kommission anhand der vorhandenen Unterlagen nicht möglich gewesen, über mögliche weitere Siedlungsgebiete zu diskutieren. Sie ist davon ausgegangen, dass diese vier Gebiete tatsächlich die einzigen und wenigen Gebiete sind, wo eine verträgliche Verdichtung zur Schonung der Ressource Grund und Boden möglich wäre. Sie hat aber aus den Protokollen der Quartiergespräche auch festgestellt, dass die Entwicklungsvorschläge in den vier Schlüsselgebieten nicht nur auf Begeisterung stossen und die Sonderzone Sand + Kies AG vorderhand nicht umgenutzt oder im Sinne der Siedlungsentwicklung genutzt werden kann, weil dort noch laufende, mit Konzessionen verbundene Betriebe ansässig sind, die man nicht einfach mit der Ortsplanungsrevision verdrängen kann und will.

Die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats dankt allen Involvierten für die Ausarbeitung der vorliegenden, sehr detaillierten Unterlagen. Es werden nachhaltige, weitsichtige und moderate Möglichkeiten einer Siedlungsentwicklung aufgezeigt, die mit dem neuen Leitbild der Gemeinde kompatibel sind.

Ich werde im Rahmen der Detailberatung im Namen der Kommission 18 Anträge auf Bemerkung stellen, die ich Ihnen bereits über die Fraktionschefs vorgängig habe zukommen lassen. Bei Bedarf liegen beim Eingang auch noch Papierversionen davon auf.

Die Kommission Ortsplanungsrevision empfiehlt Ihnen, das Räumliche Entwicklungskonzept REK 2040, in Verbindung mit den vorgeschlagenen Anträgen auf Bemerkungen, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und ist demzufolge auch für Eintreten in die Detailberatung.

#### **Eintreten L20**

Horw hat den grössten Entwicklungsschub vor über einem halben Jahrhundert erlebt. Jetzt stecken wir sozusagen in der 2. Entwicklungswelle und sind mit entsprechenden Herausforderungen konfrontiert. Die Erneuerung der in die Jahre gekommenen Quartiere, Siedlungsentwicklung nach innen, aber auch Vorbereitung auf den Klimawandel, die Energiewende und die Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung der Baubegriffe, die den wichtigsten Grund für die Teilrevision der Nutzungsplanung darstellen. Gerade die Auswirkungen der Harmonisierung – einer Schreibtischtat ohne Berücksichtigung der räumlichen Auswirkungen – ist keinesfalls zu unterschätzen. Hinsichtlich der Ausnützung bedeutet sie vor allem an den Hanglagen einen Neustart der Raumplanung. In Bezug auf die Gestaltung kann es tatsächlich zu einer Harmonisierung kommen, allerdings im Sinne einer Banalisierung der Gebäudelandschaften. Die Klötzlibauweise setzt sich nun schweizweit durch. Weitsichtige Kantone haben ja auf die Übernahme dieser Normen verzichtet. Im Kanton Luzern baden es nun die Gemeinden aus, in dem wir die über Jahrzehnte entwickelte Planung von Grund auf neu denken müssen. Im Einzelfall werden enorme Konflikte produziert, wie Verfahren etwa in der Stadt Luzern zeigen. Regulatorische Effizienz sieht anders aus.

Die L20 begrüsst darum dieses strategische Papier, das letztlich auch ein Pflichtenheft für die nun laufenden Revisionsarbeiten darstellt. Wir erkennen darin das Bemühen für eine qualitätsorientierte Siedlungsentwicklung, etwas was die L20 seit ihrer Gründung stetig verfolgt und eingefordert hat und noch immer einfordert. Als besonders wertvoll erachtet die L20 die detaillierten Quartieranalysen im Anhang. Mit den Kästen «angestrebte Entwicklung» für die einzelnen wurden diese sehr gut in eine strategische Ausrichtung umgesetzt. Die Quartieranalysen enthalten zusätzlich auch sehr viele Detailinformationen, deren Umsetzung in Projekte sich im Hinblick auf das Ziel der qualitätsorientierten Siedlungsentwicklung lohnen würde.

Urs Steiger (L20)

Den fünf Leitideen können wir grösstenteils folgen und unterstützen, setzen aber zum Teil andere Schwerpunkte: Beim *urbanen Rückgrat* sehen wir den Schwerpunkt auf Achsen von öffentlichen Räumen und nicht – wie im REK betont – von Hauptverkehrsstrassen. Um die Lebensqualität zu erhöhen, braucht es klar eine weitere Beruhigung dieser Achsen, so wie dies bereits bei der Erneuerung der Autobahn auch angedacht war, aber nie vollständig umgesetzt wurde.

Die Aufwertung des Seeuferbereichs unterstützen wir. Unsere Erwartungen gehen aber weiter. Dadurch, dass die Halbinsel aus dem Betrachtungsraum des REK ausgeschlossen wurde, ist auch der grösste Teil der Horwer Seeufer nicht einbezogen worden. Dies betrachten wir als Fehler. Der Gemeinderat argumentiert, dass es hier ja den Richtplan Halbinsel gebe. Angesichts des Synthesecharakters – wie in Kapitel 1.2. angestrebt mit einem Zeithorizont von 2040 – sollte eben auch der Richtplan Halbinsel hier abgebildet werden.

Als Mangel betrachten wir auch, dass zwar Bezug genommen wird auf das Räumliche Gesamtkonzept 2007 und das Leitbild zur räumlichen Entwicklung 2005, doch wird – trotz einer ansonsten breiten Situationsanalyse – nirgends klar, inwieweit die Ziele dieser Papiere erreicht wurden und wo sie allenfalls falliert sind. Generell fällt dabei auf, dass abgesehen von Horw Mitte, bezüglich der angestrebten Entwicklung in den Quartieren sehr wenig passiert ist. Um hier weiterzukommen sollen die Umstände, welche eine Weiterarbeit behinderten, erwähnt und Gegenmassnahmen benannt werden. Man müsste also wissen, weshalb es nicht weitergeht: Sind die Instrumente ungenügend oder braucht es mehr Initialprojekte seitens der Gemeinde. Dies zu klären, scheint uns für die weiteren Planungsarbeiten von grosser Bedeutung.

Einen Mangel im aktuellen Papier sehen wir zudem in der Fokussierung auf die vier Gebiete für die Innenentwicklung. Auch wenn wir die Hanglagen nicht als Verdichtungsgebiete sehen, findet dort im Moment – aufgrund der veränderten Berechnungsweise der Ausnützung von vor rund 20 Jahren – sehr viel Verdichtung statt und zwar zum Teil mit erheblichen negativen Folgen für die Siedlungsqualität. Die notwendig Einführung IVHB-Normierungen könnte – trotz aller damit verbunden Risiken – eine Chance sein, korrigierend einzugreifen. Es wäre deshalb sehr wertvoll gewesen, die Wirkungen der neuen IVHB-Normierungen an den Hanglagen schon frühzeitig auszutesten und zu diskutieren. Wir zählen darauf, dass diesem Aspekt in den kommenden Planungsphasen – wie versprochen – grosse Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Im Hinblick auf die Zukunft gilt es auch der Klimaverträglichkeit und der Klimaanpassung der Siedlung die angemessene Aufmerksamkeit zu schenken. Diesbezüglich sind im REK erste Schritte angedacht. Der in der Zwischenzeit erarbeitete Klimabericht wird wohl noch weitere Inputs liefern können, die in die Teilrevision einfließen sollen.

Wie angesprochen ist die qualitätsorientierte Siedlungsentwicklung eines der zentralen Ziele des REK. In der Teilrevision der Nutzungsplanung ist denn auch aufzuzeigen, wie diese erreicht werden kann und die entsprechenden Instrumente sind aufzuzeigen.

Dazu braucht es aber auch ein aktiveres Vorgehen der Gemeinde, denn Qualität entsteht in der Regel nicht einfach von sich aus – vorbildliche Bauherrschaften seien hier ausgenommen. Bauherrschaften haben nicht nur ein Recht zu bauen, sondern auch eine Pflicht, ihren Beitrag an die Siedlungsqualität zu leisten – konkret in der Pflicht zur Einordnung nach RPG oder entsprechend dem neuen Landschaftskonzept Schweiz, das der Bundesrat letztes Jahr behördenverbindlich verabschiedet hat.

Die Qualität muss dabei eingefordert werden, gerade dort wo man mehr Möglichkeiten schafft. Das heisst: es reicht nicht aus, das Bauwesen zu verwalten, also die Baubestimmungen zu überprüfen. Wichtige Projekte sind eng zu begleiten und gegebenenfalls muss man aktiv in die Qualitätsgestaltung einzugreifen. Die Neubesetzung und die

Erweiterung der Bauabteilung bietet hier eine Chance, die notwendigen städtebaulichen Kompetenzen inhouse aufzubauen. Wir fordern den Gemeinderat explizit auf, diese Chance zu nutzen.

Ein aktives Agieren ist insbesondere dort gefragt, wo die Öffentlichkeit bzw. der öffentliche Raum besonders betroffen ist, etwa bei den Erdgeschossen an den zentralen Lagen oder in den landschaftlich sensiblen Gebieten. Hier darf es auch keine soziale Differenzierung geben. In der Tendenz stellen wir nämlich eine sozial ungerechte Planung fest. Innenentwicklung findet in den zentralen Lagen Talboden statt, dort sind auch andere Belastungen verstärkt anzutreffen, während die Halbinsel als ruhiges Siedlungsgebiet gehegt und gepflegt wird. Da braucht es einen gewissen Ausgleich, beispielsweise dass die Siedlungen in Seenähe ihren landschaftlichen Beitrag leisten und offen gestaltet bleiben. Das Einhängen und Einmauern darf nicht weiter um sich greifen, offene, transparente Quartiere sind gefragt, Seesicht und Seezugang für die Öffentlichkeit müssen vorangetrieben werden. Sozialverträglichkeit ist aber auch beim Umbau der Verdichtungsquartiere gefragt. Die Siedlungsentwicklung nach innen soll gemäss REK genau dort stattfinden, wo auch günstiger Wohnraum besteht. Dies ist im Grundsatz richtig, weil die Gebäudesubstanz in diesen Gebieten in die Jahre gekommen ist und auch aus energetischer Sicht Handlungsbedarf besteht. Es braucht aber auch eine kluge Strategie, damit nicht einfach die heute dort lebende Bevölkerung aus den Wohnungen verdrängt wird. Städte wie Zürich haben vorgemacht, wie ein solcher Prozess vor sich gehen kann.

Die Aufgaben zur Qualitätssteigerung des Siedlungsgebietes gehen über die Nutzungsplanung im engeren Sinne hinaus. Einige Aspekte zeigt das REK auf. Um die – insbesondere auch in den Quartieranalysen – aufgezeigten Aufgaben anzugehen, reicht unseres Erachtens die Handlungsagenda aber nicht aus. Beispielsweise wäre es notwendig, die Planungsleichen der 1970er-Jahre oder die Überbleibsel aus der Verkehrsneuorganisation in Folge der neuen Autobahnzubringer zurückzubauen und zugunsten der Wohnsiedlungen neu und klimagerecht zu gestalten. Dies lässt sich nicht verordnen, sondern muss in Projekten oder Programmen aufgegriffen werden. Wir werden dies weiter beobachten und uns mit entsprechenden Vorstössen wieder melden.

Zusammengefasst sind unsere wichtigsten Anliegen:

- Verhinderung einer sozialen Entmischung.
- Siedlungsentwicklung nach innen und Quartiererneuerung ohne die Bevölkerung durch ein neues Mietpreisgefüge auszutauschen.
- Suche einer Regelung für die Nachverdichtung in Hanglagen, die gestalterisch attraktive Lösungen bringt und die Missstände aus den Lockerungen vor 20 Jahren korrigiert.
- Aktives Agieren der Gemeinde, um eine qualitätsorientierte Siedlungsentwicklung sicherzustellen.

Insgesamt begrüsst die L20 das REK. Wir unterstützen die Anträge der OPK bis auf einen und werden noch einzelne Anträge für Bemerkungen einbringen.

Die L20 ist für Eintreten und Behandlung des Geschäfts.

### **Eintreten CVP/GLP**

Die CVP/GLP-Fraktion hat den Bericht und Antrag 1666 und insbesondere den Anhang 1 – das räumliche Entwicklungskonzept ausgiebig beraten. Die Parteileitungen der CVP und der GLP haben bei der Vernehmlassung zum REK bewusst auf Eingaben verzichtet, weil sich schon damals gezeigt hat, dass das Ganze auf dem richtigen Weg ist.

Zusammenfassend kann man heute sagen, dass das räumliche Entwicklungskonzept unseren Vorstellungen entspricht. Wir begrüssen insbesondere, dass

- Keine Neueinzonungen geplant sind.
- Dass man mit einem moderaten Wachstum plant.
- Dass man die Strukturen der Quartiere stärken will.
- Und dass man der Aufwertung der Freiräume eine hohe Beachtung schenkt.

Weiter ist es unsere Fraktion wichtig, dass Horw der hohen Wohnqualität Sorge trägt und auch weiterhin für Familien attraktiv bleibt.

Mit unserem Postulat 2020-718 haben wir den Gemeinderat gebeten, im Rahmen der Teilrevision der Ortsplanung das gesamte Areal der Sand + Kies AG als Zone für öffentliche Zwecke auszuscheiden. Das Postulat wurde am 26. November 2020 vom Einwohnerat überwiesen und ist auch bereits Bestandteil des vorliegenden räumlichen Entwicklungskonzepts.

Die CVP/GLP-Fraktion kommt jetzt mit einem ähnlichen Anliegen. Und zwar möchten wir, dass auch das Werkgelände der Tschümpelin AG – Grundstück Nr. 1463 – als Zone für öffentliche Zwecke gesichert wird. Wir werden in der Detailberatung einen konkreten Antrag auf Bemerkung stellen.

Die CVP/GLP-Fraktion hat die 18 Anträge auf Bemerkung der vorberatenden Kommission kritisch geprüft. Wir werden die Mehrheit der Anträge unterstützen, insbesondere die, welche einzelne Aspekte aus dem räumlichen Entwicklungskonzept noch stärken.

Die CVP/GLP-Fraktion wünscht sich eine effiziente und schlanke Beratung und wird darum zusätzliche Anträge auf Bemerkung, die nur der politischen Positionierung dienen, kaum unterstützen.

Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung dieses räumlichen Entwicklungskonzepts, das als Grundlage für die bevorstehende Teilrevision der Ortsplanung dient.

Die CVP/GLP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung zum vorliegenden Bericht und Antrag.

### **Eintreten FDP**

Mit dem B+A 1666 liegt uns ein Geschäft vor, dem noch acht weitere Anhänge dazugehören. Ein umfassendes Werk, allein der Anhang eins, das Kernstück der Beratung, besteht aus über 70 Seiten. Wir befassen uns mit der Teilrevision Ortsplanung: Räumliches Entwicklungskonzept (REK) 2040. Nebst der Nutzungsplanung, die alle 10 Jahre zu überprüfen ist, hat sich der Kanton an eine Interkantonale Harmonisierung angeschlossen, die nun zahlreichen Anpassungen an das bestehende Planungs- und Baugesetz auf kommunaler Ebene mit sich zieht.

Die FDP begrüsst das unter Punkt 3 erwähnte Vorgehen, vor allem der Einbezug der Quartiervereine und das öffentliche Mitwirkungsverfahren, um die Bevölkerung einzubeziehen.

Roger Eichmann  
(CVP)

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Durch die Tragweite und Komplexität dieser Überarbeitung wurde eine einwohnerrätliche vorberatende, parteiübergreifende Kommission gebildet. In dieser Kommission wurde auch klar erwähnt, dass im REK nichts mehr geändert wird, doch Anträge oder Bemerkungen in die Erarbeitung des neuen Planungs- und Baugesetzes einfließen werden. Wie Sie im B+A 1666 lesen konnten, werden verschiedene Fachgebiete in diesem neuen Gesetz vereint, nebst den gesetzlichen neuen Anpassungen zu Baubegriffen und Messwerten und Überbauungsziffern, sind dies Verkehrszonen, Sonderprüfungen, Freiräume, Siedlungsentwicklungen sowie Förderung preisgünstiger Wohnraum aufgeführt. Diese Hauptthemen ergeben wiederum eine Handlungsagenda mit weiteren diversen Unterpunkten, wie z. B. Bestimmung Mehrwertabgabe, Bestimmung aktive Bodenpolitik, Ausscheidung Gewässerräume, Sozialraumkonzept, Mobilitätsmanagement, um nur einige zu erwähnen. Viele dieser Punkte konnten Sie im REK lesen. Da diese Punkte verschiedene Fachgebiete betreffen, wurden dazu von den entsprechenden Büros die fachliche Stellungnahme abgeholt. Diese wurden unter Anhang 7 aufgelistet.

Diese Stellungnahmen sind zum Teil bereits in das vorliegende REK eingeflossen. Eine Stellungnahme ist der FDP-Fraktion speziell aufgefallen, diese von der Zentralbahn. Ein wichtiger Player im Mobilitätsmanagement der Gemeinde Horw. Für die im REK oft erwähnte S-Bahnhaltestelle Horw See steht, ich zitiere: «Das Projekt wird im Ausbauschnitt 2040 des strategischen Entwicklungsprogramm Eisenbahninfrastruktur durch den Bund geprüft und das Parlament beschlossen.» Gemäss einer Machbarkeitsstudie des VVL und der zb ist diese Haltestelle aktuell nicht geplant. Klar, die Hoffnung stirbt zuletzt, doch dieses klare Statement zeigt, dass diese Haltestelle dann doch eher in einen erweiterten Planungshorizont gehört, als ins REK 2040.

Ebenso ist im REK 2040 öfters vom Campingplatz zu lesen, dies wirkt etwas komisch, hat doch der Gemeinderat diesen gar nicht erst ins Entwicklungsprojekt Seefeld in den Studienauftrag aufgenommen.

Bei der Besprechung in der FDP-Fraktion stellten wir fest, dass Horw ein attraktiver Wohnort ist, jedoch eher nicht ein attraktiver Arbeitsort, denn die Quote von 0.38 Beschäftigten pro Einwohner ist im Vergleich zu anderen Gemeinden eher tief. So hätte nebst den fünf Leitideen eine weitere, in die Richtung Wirtschaftsstandort, gewerbefreundlichen Entwicklungsspielraum gehen können, um als sechsten Punkt aufgenommen zu werden. Die FDP-Fraktion wird sich bei der Beratung des REK mit einer konkreten Bemerkung melden.

Nebst den aufgeführten Schlüsselgebieten könnte sich die FDP-Fraktion im Gebiet Schiltmatt/Neumatt eine erweiterte Zone mit einer «leichten Verdichtung» vorstellen. Durch das Projekt Ortsplanung Ost wurde dies bereits schrittweise angedacht.

Zu verschiedenen Anträgen/Bemerkungen, die aus der vorberatenen Kommission gestellt werden, kann die FDP einige unterstützen, doch verschiedene gehen uns zu stark ins persönliche Eigentum, Privatsphäre, oder in Gebiete wo es explizit Fachstellen gibt.

Bei der Durchsicht der geplanten Schlüsselgebieten kann die Lösung nicht nur darin gefunden werden, dass man höher und dazu enger baut und die Parkplätze verschwinden lässt. Auf den Plänen wurde die Version neu vorwiegend mit vielen Bäumen geschmückt, damit alles grüner und somit schöner aussieht. Die FDP-Fraktion kann sich sehr wohl mit vieler dieser vorgeschlagenen Varianten anfreunden, doch auch wenn die mobile Zukunft weniger Autoparkplätze benötigt, wird es immer auch Autos geben, die für kurze Zeit vor einem Haus Platz suchen. Dabei reden wir nicht von den Notfallorganisationen, dafür gibt es eigene Vorschriften, nein wir reden von den täglichen Bedürfnissen, die ein Bewohner oder eine Bewohnerin hat. Stellen Sie sich vor ihr WC ist verstopft, es braucht dringend einen Sanitär, der möchte nicht im Quartier einen einzelnen

freien Platz suchen müssen. Ebenso für Umzüge, Lieferungen, Postdienste, verschiedene Betreuungen wie Spitem, Essenslieferungen, Besucher usw. Auf den Entwürfen gibt es kaum sichtbar solche Parkplätze. Eine Verengung der Strassen verhindert zudem grosszügigen Freiraum und Platz zum Flanieren.

Auf Seite 52 wird erwähnt, dass eine Neustrukturierung des Riedmattgebiets eine Chance sei, um den Bezug zum Dorfbach zu stärken. Die FDP-Fraktion ist sich einig, dass es in der Gestaltung noch Potenzial nach oben gibt. Die Volumen sollten anders verteilt, optimiert werden, damit ein grösserer Freiraum ev. parkähnlich entstehen könnte. Die Abbildung 37 verschliesst den Bach mehr, als dass es diesen öffnet. Da hoffen wir doch, dass dies ein erster Wurf ist und nochmals überarbeitet wird.

Noch ein Hinweis ist der FDP-Fraktion wichtig. Da der Velo- und Fussweg in Zukunft klar an Stellenwert zunehmen wird, ist es uns ein Anliegen, dass bei der Planung differenziert wird, dass ein E-Velo je nach Typ klar zu schnell fahren kann und nicht auf einen normalen Fussweg gehört.

Das REK bildet die strategische Vorgabe und die Leitschnur für die zweite Phase des BZR und die Zonenpläne. Somit ist es der FDP-Fraktion wesentlich, dass unsere Anliegen entsprechend aufgenommen werden, um in dieses wichtige Papier der Gemeinde einzufließen.

Die FDP dankt allen, die zum vorliegenden REK schon viel Vorarbeit geleistet haben.

Die FDP-Fraktion wird entsprechend die Anträge/Bemerkungen aus der vorberatenden Kommission unterstützen oder eigene Anträge/Bemerkungen vorbringen.

Wir sind einstimmig für Eintreten auf diesen B+A mit all den dazugehörigen Anhängen.

#### **Eintreten SVP**

Die SVP-Fraktion hat den B+A 1666 Teilrevision Ortplanung, Räumliches Entwicklungskonzept 2040, besprochen. Es wurde schon sehr viel gesagt; ich hole daher nicht weiter aus und komme zu den namhaften Punkten. Im Allgemeinen sind sehr viele Pläne und Statistiken enthalten. Für die Gemeinde Horw erachten wir für die nächsten Jahre einen Bevölkerungszuwachs von bis zu 17'000 Einwohnern als Obergrenze. Es ist bereits jetzt schon sehr dicht im Horwer Talkessel gebaut. Effiziente Verkehrsstrassen und Grünflächen bedeuten für die ganze Horwer Bevölkerung mehr Qualität. Wir haben die Anträge der OPK besprochen und sind mehrheitlich der Meinung, dass die verschiedenen Anträge bereits im B+A vorhanden sind und diese nicht zu einem besseren Verständnis beitragen.

Auf Seite 22 Ziffer 2.8, das ist die Anlegestelle des Schiffs, sind wir grundsätzlich der Meinung, dass es im Interesse des öffentlichen Verkehrs ist, das nicht grundsätzlich abgelehnt und ausgeschlossen werden soll. Ebenso auf Seite 21 Abs 2.8 zwischen der Waldegg und der Wegscheide sei noch eine zusätzliche Bushaltestelle zu prüfen. Es macht keinen Sinn, weitere Bushaltestellen zu schaffen für nur ein paar hundert Meter. Das braucht viel zu viel Ressourcen und ist auch nicht im Sinne eines öffentlichen effizienten Verkehrs.

Die SVP ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A 1666.

Reto Eberhard (SVP)



Die Revision der Ortsplanung muss bis am 31.12.2023 abgeschlossen werden. Das ist eine Vorgabe des Kantons Luzern, welche alle Gemeinden betrifft. Gründe dazu sind im B+A unter der Ausgangslage aufgeführt und in Ihren Eintretensvoten genannt worden. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Ortsplanungsrevision in zwei Phasen zu gliedern, nämlich erstens in die Erarbeitung des REK - welches eine strategische Grundlage sein und die Richtung vorgeben soll - und jetzt in einer zweiten Phase beginnen wir, die Instrumente der Ortsplanung auszuarbeiten. Konkret sind das das Bau- und Zonenreglement und die zugehörigen Zonenpläne.

Thomas Zemp (CVP)

Das vorliegende REK ist breit abgestützt und partizipativ erarbeitet worden. Ich darf erinnern: wir haben eine Projektsteuerung, die sich regelmässig trifft und an diesem Thema arbeitet. Wir haben eine gemeinderätliche Ortsplanungsrevisionskommission aus sieben Mitgliedern. Wir haben drei Quartiergespräche durchgeführt. Wir haben eine öffentliche Mitwirkung im Sommer durchgeführt mit anschliessendem Mitwirkungsbericht, der vorliegt. Wir haben eine Vorprüfung durch den Kanton vornehmen lassen inkl. Stellungnahmen von verschiedenen Fachstellen und auch durch den regionalen Raumplanungsverband LuzernPlus. Die strategische Stossrichtung kurz zusammengefasst:

- Qualität statt Quantität
- auf den bestehenden Strukturen aufbauen und die weiter stärken
- den Fokus auf Freiraumqualität setzen
- Verdichtung nur quartierspezifisch im Talboden und auch dort mit dem Ziel, preisgünstigen Wohnraum zu fördern
- keine Neueinzonungen

Das vorliegende REK wird vom Einwohnerrat im Sinne eines Planungsberichts zur Kenntnis genommen. Der Einwohnerrat kann dazu Bemerkungen zu Protokoll geben, mit oder ohne Abstimmung. Im Gemeinderat sind wir manchmal froh, wenn es eine Abstimmung gibt, damit wir auch eine Gewichtung dieser Bemerkungen haben. Ich kann Ihnen garantieren, dass alles was heute diskutiert wird, in der Projektsteuerung und bei der Weiterbearbeitung mindestens zur Kenntnis genommen und dann auch je nach Gewichtung einfließen wird und wir versuchen, dies umzusetzen. Was wir aber nicht machen werden, ist das REK aufgrund von irgendwelchen Voten oder Bemerkungen von Ihnen anzupassen. Es wird noch redaktionelle Korrekturen geben, aber das ist mehr im Sinne, dass gewisse Sachen wie Camping erwähnt sind und man dies so korrigiert, damit das Werk auch in fünf Jahren noch lesbar und verständlich sein wird. Wir werden jetzt nicht den Bericht erweitern.

Ich habe beim Eintreten festgestellt, dass Sie sich teilweise sehr intensiv und auch berechtigt kritisch mit dem räumlichen Entwicklungskonzept auseinandergesetzt haben. Da kann man verschiedene Ansichten haben, da bemerkt man auch verschiedene politische Anliegen, die man platzieren kann. Für uns ist es wichtig zu verifizieren, ob die Stossrichtung im Groben stimmt. Davon gehe ich aus, wenn ich die Kommissionssitzung nochmals Revue passieren lasse und wenn ich jetzt auch Ihre Eintretensvoten gehört habe. Man kann natürlich immer darüber diskutieren, ob es vollständig ist, oder was noch hätte aufgenommen werden oder welches Bild noch anders hätte sein müssen. Aber so gesehen freut es mich, wenn wir hier eintreten und das miteinander beraten können.

## Detailberatung

### Zu Seite 4, Fünf Leitideen für Horw: «Aufgewerteter Seeuferbereich»

Die L20 beantragt bei den Leitideen, wie schon beim Eintreten erwähnt, dass man nicht nur den Seeuferbereich der Sand + Kies AG und Seefeld für die Aufwertung beschränkt, sondern die gesamte Seeuferlinie der Gemeinde berücksichtigt und in dem Sinne Antrag auf Bemerkung: «Die Aufwertung des Seeuferbereichs darf nicht nur auf das Areal der Sand & Kies AG und das Seefeld beschränkt werden, sondern ist für die gesamte Seeuferlinie der Gemeinde anzustreben.»

Urs Steiger (L20)

### **Abstimmung:**

Antrag der L20, Seite 4, Fünf Leitideen für Horw, Aufgewerteter Seeuferbereich: «Die Aufwertung des Seeuferbereichs darf nicht nur auf das Areal der Sand & Kies AG und das Seefeld beschränkt werden, sondern ist für die gesamte Seeuferlinie der Gemeinde anzustreben.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 15:11, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.**

### Zu Seite 13, Angestrebte Entwicklung

Die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats ist nach Diskussion zum Schluss gekommen, dass 17'500 Einwohner die absolute Obergrenze sein sollen, anzustreben wären eher 16'500. Mit dem nachfolgenden Antrag auf Bemerkung empfiehlt die Kommission, eine Wohnbevölkerung von 17'000 Einwohnerinnen und Einwohner bis im Jahr 2040 als verträglich zu bezeichnen.

Antrag auf Bemerkung: «Im Jahr 2040 wird eine Wohnbevölkerung von 17'000 als verträglich verstanden.»

Jürg Biese (FDP)

Wir könnten jetzt sagen, das ist eine Nuance. Die Frage ist natürlich auch, ob Sie dann bereit sind Massnahmen zu unterstützen, die tatsächlich das Bevölkerungswachstum verhindern. Wir steuern das indirekt, indem wir keine Einzonungen machen, indem wir Verdichtungen nicht gross weiter planen. Aber wenn Sie jetzt eine solche Bemerkung überweisen stellt sich die Frage, was die Erwartungshaltung ist. Dass man auf die Verdichtung verzichtet, damit wir einen Interessenkonflikt haben mit dem preisgünstigen Wohnraum oder wie stellen Sie sich das vor? Ich merke ja schon, dass ein Unbehagen vorhanden ist und dass es im Moment ein Hype ist, gegen das Wachstum zu sein. Da kann man politisch unterschiedliche Ansichten vertreten. Sie haben vorher eine Bemerkung überweisen, bei der ich gespannt bin, ob Sie dann auch bereit sind, Massnahmen mitzutragen.

Thomas Zemp (CVP)

Wenn Sie das Seeufer anschauen: wenn wir die eigenen Stellen aufwerten, wird es kosten. Wir sind zum Beispiel im Rüteli daran. Wenn wir von privaten Grundstücken reden, muss man sich überlegen, ob man irgendwelche Zwangsmassnahmen bereitstellen will. Ich will einfach sagen: Sie können jetzt viele Wünsche äussern und überweisen, aber Sie müssen am Schluss auch bereit sein, Massnahmen mitzutragen, welche diese verursachen.

### **Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 13, Angestrebte Entwicklung: «Im Jahr 2040 wird eine Wohnbevölkerung von 17'000 als verträglich verstanden.»

Ivan Studer (CVP)

**Nach Stimmengleichheit in der 1. Abstimmung wird der Antrag in der 2. Abstimmung mit 13:15 Stimmen abgelehnt.**

Es betrifft das Kapitel zur Arbeit. Eine allgemeine Bemerkung dazu, es ist kein Antrag auf Bemerkung. Wir haben festgestellt, dass zwar die Wirtschaft oftmals erwähnt wird, aber wir hatten in der FDP den Eindruck, dass die Anliegen der Wirtschaft zu wenig berücksichtigt wurden. Das kann damit zusammenhängen, dass in der Vernehmlassung relativ wenig Feedback oder Rückmeldungen aus dem Gewerbe gekommen sind. Aber trotzdem möchten wir darauf hinweisen, dass die Anforderungen die für das Gewerbe hinter all den schönen Alleen und Mischnutzungen vorgesehen sind, uns ein wenig minim erscheinen und wir werden dort bei den Leitideen entsprechend einen Antrag stellen. Wir haben es nicht bei der Einleitung gemacht, wie es die L20 gemacht hat, sondern wir werden auf Seite 35 einen Antrag stellen zur Berücksichtigung der Wirtschaftsanliegen.

Stefan Maissen (FDP)

#### Zu Seite 17, 2.5 Angestrebte Entwicklung Wohnungswesen

Die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats ist der Ansicht, dass auch den Quartieren auf der Halbinsel in der zweiten Phase im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ein gesellschaftlicher Beitrag zugemutet werden kann und soll. Es sollen nicht alle diesbezüglichen Nutzungen immer nur in die bereits intensiv genutzten Gebiete im Talboden abgeschoben werden.

Jürg Biese (FDP)

Antrag auf Bemerkung: «In der weiteren Phase soll der sozialen Gerechtigkeit in der Nutzungsplanung vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden.»

Grundsätzlich kann man mit dieser Bemerkung leben. Es ist uns im Gemeinderat auch ein Anliegen, dass wir irgendwo quasi eine ausgleichende Gerechtigkeit haben. Primär setzen wir natürlich Sachen dorthin, wo sie Sinn machen. Es ist klar, dass im Talboden viele Sachen passieren, die auf der Halbinsel nicht Sinn machen würden bzw. man sie dort ansiedeln würde. Es gibt unbestritten gewisse «Zentrumslasten», die einfach im Dorf stattfinden. Aber es gibt auch auf der Halbinsel gewisse Lasten, die stattfinden. Aber die Bemerkung kann man sicher so entgegennehmen, auch wenn sie sehr allgemein formuliert ist.

Thomas Zemp (CVP)

#### **Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 17, Angestrebte Entwicklung Wohnungswesen: «In der weiteren Phase soll der sozialen Gerechtigkeit in der Nutzungsplanung vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden.»

Ivan Studer (CVP)

**Der Antrag wird mit 10:16 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.**

#### Zu Seite 19, 2.7 Natur- und Erholungsräume

Der Antrag ist aufgeschaltet. Es betrifft das gleiche Thema, welches auch die CVP beim Eintreten angesprochen hat. Ich stelle den Antrag zur Ergänzung im Teil zum Erholungsraum Seefeld: «Um den Natur- und Erholungsraum im Seefeld zu erweitern und den öffentlichen Freiraum sowie weitere öffentliche Nutzungen zu sichern, soll das Areal Sand + Kies einer Zone für öffentliche Zwecke zugewiesen werden. *Dies ist ebenfalls für das Areal Tschümperlin anzustreben, sofern dem Eigentümer gleichwertiger Ersatz für den Weiterbetrieb zur Verfügung gestellt werden kann.*»

Stefan Maissen (FDP)

Die Begründung ist die, dass der Studienauftrag Seefeld ganz klar zeigt, dass die Platzverhältnisse nicht ausreichen, um die meisten Bedürfnisse der verschiedenen Anspruchsgruppen Sport, Freizeit, Natur etc. zu befriedigen. Es besteht jetzt die einmalige und letzte Chance, sich den Freiraum zu sichern. Das ist in dem Sinn der Antrag, der ähnlich lauten wird wie der von meinen Kollegen aus der CVP/GLP.

Ich habe beim Eintreten gehört, dass seitens CVP/GLP auch ein Antrag kommt, nur ist der nicht mit dem zweiten Teil verbunden, wie Sie es schreiben «sofern dem Eigentümer gleichwertiger Ersatz für den Weiterbetrieb zur Verfügung gestellt werden kann.» Ich bin der Meinung, das sollte man auch nicht verbinden, denn wir werden nicht bis zum Abschluss des REK einfach einen anderen Standort zur Verfügung stellen. Sie müssen sich aber schon bewusst sein - es ist wie bei der Sand + Kies AG - wenn wir im Rahmen der Ortsplanungsrevision das Gebiet umzonen in Zone für öffentliche Zwecke, dann heisst das nicht, dass der Betrieb aufhören muss, sondern dann ist primär eine Bestandesgarantie vorhanden. Es bräuchte dann sehr viel, wenn man das Areal tatsächlich soweit und vorzeitig enteignen würde, dass eine Betriebsaufgabe stattfinden müsste. Es ist eher eine mittel- und langfristige Sicherung des Areals, dass dort nicht einfach ein neuer Betrieb entsteht, wenn der bestehende Betrieb aufgegeben würde. Das gleiche haben wir bei der Sand + Kies AG bei der letzten Ortsplanungsrevision gemacht. Da hat man extra das Arbeitsgebiet umgezont in eine Spezialzone Sand + Kies, die eigentlich nur noch das zulässt, was die Sand + Kies AG heute macht, aber dass dort nicht ein anders gelagerter Betrieb aufgebaut werden kann. Auch im Hinblick darauf, dass man - wenn es mal nicht mehr funktioniert - bei diesem Areal mitreden kann was geht. Und deshalb würde ich wirklich empfehlen, das nicht zu verbinden. Es wäre auch eine Ungleichbehandlung gegenüber der Sand + Kies AG. Dort gibt es keinen solchen Zusatz, laut dem wir ihnen ein gleichwertiges Areal zur Verfügung stellen müssten.

Thomas Zemp (CVP)

Mit dem Antrag, den ich schon beim Eintreten erwähnt habe seitens CVP/GLP-Fraktion, wäre ich auf Seite 56 gekommen. Ich weiss nicht, ob man darüber nicht gerade jetzt abstimmen könnte oder ob die FDP ihren Antrag zurückziehen möchte zugunsten von unserem Antrag.

Roger Eichmann (CVP)

Aufgrund der Diskussion sind wir bereit, den Antrag zurückzuziehen zugunsten des Antrags CVP/GLP, der formuliert vorne einsehbar ist. Wir werden den Antrag entsprechend unterstützen.

Stefan Maissen (FDP)

#### Zu Seite 19, 2.7 Angestrebte Entwicklung Natur- und Erholungsräume

Die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats hat hier zwei Anträge auf Bemerkung. Ich erlaube mir, beide vorzutragen. Die OPK schlägt vor, bei der angestrebten Entwicklung die zu erhaltenden Freiräume zu präzisieren. Es geht ihrer Ansicht nach um öffentliche sowie auch private Freiräume.

Antrag auf Bemerkung: «Die öffentlichen *und privaten* Freiräume sind zu erhalten.»

Antrag auf Bemerkung: «Waldflächen werden naturnah gepflegt, wenn möglich aus der Nutzung entfernt und nicht bewirtschaftet (Zweck Diversifikation, Ökologie, Biodiversität).»

Jürg Biese (FDP)

#### **Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 19, Angestrebte Entwicklung Natur- und Erholungsräume: «Die öffentlichen *und privaten* Freiräume sind zu erhalten.»

Ivan Studer (CVP)

#### **Dem Antrag wird mit 16:11 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**

Zu der angestrebten Entwicklung bei den Waldflächen. Man muss sich bewusst sein, der Wald ist zu grossem Teil in privatem Besitz. Waldbewirtschaftung ist heute ein sehr schwieriges Thema, vor allem wenn man es kommerziell betrachtet, denn das Holz hat sehr wenig Wert. Ich könnte mir vorstellen, dass das für gewisse Waldbenützer je nachdem vielleicht sogar interessant ist, aber man muss sich schon auch bewusst sein, wenn man jetzt so eine Entwicklung anstrebt muss man dann natürlich auch bereit sein, das irgendwie mitzufinanzieren. Wir reden über private Waldeigentümer, die zum Teil vielleicht daran interessiert sind, aber dann müsste man wie ein Programm aufsetzen

Thomas Zemp (CVP)

und das dann auch entschädigen.

Ich habe eine Frage zum Antrag. Es ist mir nicht klar: wenn man hier von Waldflächen spricht, sind das alle Waldflächen in der Gemeinde Horw gemeint, also sprich Vita Parcours, Bireggwald, Grämliswald? Wäre das dann nicht mehr möglich, wenn man diesen Antrag annimmt? Oder ist dies ein Missverständnis? Wenn man das annimmt, dann bewegt sich von Horw niemand mehr in den Wäldern ausser diejenigen, die im Wald sein dürfen, sprich Rehe und sonstige Waldbewohner.

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Der Antrag kommt aus der Kommission und er ist genau so formuliert, wie er vorliegt. Man kann daraus etwas interpretieren und das sind berechnigte Anliegen: Zweck Diversifikation, Ökologie, Biodiversität. Es ist wahrscheinlich nicht «entweder oder» sondern «sowohl als auch». Das ist eine Bemerkung, zu der man sagt, das ist grundsätzlich ein Anliegen, das vorhanden ist. Aber wie weit man dies jetzt gewichten und welche Massnahmen man dazu festlegen will, das ist eine andere Frage. Wenn Sie es so überweisen, nehmen wir mit, dass das ein Anliegen ist und wir überlegen uns, ob man dazu etwas machen kann oder nicht. Wenn wir dann mit unserem B+A kommen, können Sie dann wieder darauf zurückkommen und sagen: «was habt ihr jetzt gemacht zu diesem Thema».

Thomas Zemp (CVP)

Als Mitglied der Kommission zur Präzisierung: es geht hier um Pflege. Es geht nicht um die Gesamtnutzung, sondern um die Pflege. Das heisst, welche Bäume werden gefällt und welche werden neu gepflanzt oder wie geht die Erneuerung des Waldes. Das ist ein relevantes Thema im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Man muss sagen, Fichten werden in den nächsten 50 Jahren bis zur Höhe der Fräkmüntegg verschwinden. Das hat durchaus Bedeutung für unsere räumliche Entwicklung und das ist ein Hinweis, wie gepflegt werden soll.

Urs Steiger (L20)

Ich verstehe das Anliegen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite muss man sagen, das wird heute schon praktiziert. Sie können als Privatwaldbesitzer nicht einfach im Wald Bäume schlagen wie es Ihnen passt, und Sie können auch nicht irgendwelche Bäume anpflanzen. Ich bin Vertreter einer grösseren Waldeigentümerschaft im Entlebuch und dort kann man in klarer Absprache und nur unter Bewilligung des Försters gewisse Bäume aus den Wäldern entfernen und wieder entsprechend ersetzen. Es gibt auch Waldbewirtschaftungskonzepte die klar empfehlen, welche Bäume in den Wäldern gepflanzt werden. Die Forstinstitutionen, die Förster selber, sind sehr sensibilisiert darauf, dass in Zukunft das angepflanzt wird, was ökologisch Sinn macht.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ich möchte noch ergänzen: «Waldflächen werden naturnah gepflegt». Das ist wirklich etwas, das heutzutage bereits gemacht wird und auch weiterhin gemacht werden soll. Es steht nicht: «in Zukunft soll...». Und dann heisst es: «wenn möglich aus der Nutzung entfernt werden». Damit ist gemeint, dass spezifische Waldgebiete, bei denen die Möglichkeit besteht, dass sie nicht mehr genutzt werden, aus der Nutzung entfernt werden können und man der Gemeinde mit dieser Bemerkung die Möglichkeit gibt, sich auch in diese Richtung zu entwickeln. Darum möchte ich Ihnen beliebt machen, diesen Antrag anzunehmen. Übrigens hat der Bund das Ziel, dass 10% der gesamten Waldfläche in der Schweiz genauso gepflegt wird, d.h. nicht mehr bewirtschaftet wird, und wir könnten damit auch einen Beitrag daran leisten.

Noel Schemm (L20)

Betreffend Nutzung: es sind zum Teil sehr viele Private, die einen Wald besitzen. In der Regel ist es nicht so - da spreche ich aus eigener Erfahrung - dass einen Wald zu nutzen (d.h. Holz zu schlagen, herauszunehmen und wieder aufzuforsten), dass das wahn-sinnig interessant ist im Sinne von Ertrag, dass man einen Verdienst hat. Heutzutage ist es eher umgekehrt. Man macht es, dass man den Wald verjüngen kann. Man hat

Reto Eberhard (SVP)

vielleicht einen gewissen Ertrag, aber dieser ist eigentlich gerade wieder weg mit dem Aufwand, den man hat. Darum denke ich, die meisten Privatbesitzer sind nicht unbedingt daran interessiert wahnsinnig viel zu machen. Von dem her kommt das genau auf die andere Seite. Das heisst, man müsste eher schauen, dass man die Waldbesitzer in gewissem Masse motivieren könnte, etwas zu machen im Sinne von alten Bäumen herauszunehmen und wieder junge nachzupflanzen, damit man auch eine gewisse Regeneration des Waldes hat. Wenn man dann sagt, man nimmt sie ganz aus der Nutzung heraus, dann ist es eher so, dass der Wald überaltert und nicht gepflegt wird. Gerade eine Pflege oder eben auch nach gewissen Jahren eine Regeneration des Waldes, das macht durchaus Sinn. Von dem her finde ich ist das nicht der Zweck, den man hier mit der Bemerkung anstreben würde.

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 19, Angestrebte Entwicklung Natur- und Erholungsräume: «Waldflächen werden naturnah gepflegt, wenn möglich aus der Nutzung entfernt und nicht bewirtschaftet (Zweck Diversifikation, Ökologie, Biodiversität).»

Ivan Studer (CVP)

**Der Antrag wird mit 11:15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.**

Zu Seite 19, 2.8 Verkehr, Fuss- und Veloverkehr

Aus Sicht der vorberatenden Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats muss betreffend Bedeutung des Fuss- und Veloverkehrs in Verbindung mit dem Trend zu immer mehr E-Bikes, Pedelecs sowie S-Pedelecs, also derjenigen E-Bikes, mit denen bis 45km/h gefahren werden kann, besondere Beachtung geschenkt werden. Schnelle E-Bikes stellen ein grosses Konfliktpotenzial mit Fussgängern und dem langsamen Fahrradverkehr dar.

Jürg Biese (FDP)

Antrag auf Bemerkung: «Der neuen Entwicklung zu immer mehr E-Bikes muss in Verbindung mit Fusswegen bei der Bearbeitung des Gesamtverkehrskonzepts besondere Beachtung geschenkt werden.»

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 19, Fuss- und Veloverkehr: «Der neuen Entwicklung zu immer mehr E-Bikes muss in Verbindung mit Fusswegen bei der Bearbeitung des Gesamtverkehrskonzepts besondere Beachtung geschenkt werden.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 21:7 Stimmen zugestimmt.**

Seite 20, 2.8 Verkehr, öffentlicher Verkehr

Der zunehmende Nutzungsdruck in der Horwer Bucht mit privaten Booten, Freizeitsportlern auf dem Wasser, Badenden, die beengten Platzverhältnisse sowie der Wellenschlag von Kursschiffen sprechen gegen das Errichten einer Anlegestelle von Kursschiffen in der Horwer Bucht. Zudem erachtet die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats das Potenzial und die Möglichkeit, dass Kursschiffe in der Horwer Bucht anlegen sollen, als gering respektive als nicht erstrebenswert.

Jürg Biese (FDP)

Antrag auf Bemerkung: «Die Kommission schätzt das Potenzial von einer Kursschiffanlegestelle als klein ein und es ist darauf zu verzichten.»

Zuerst man sich bewusst werden, dass das REK einen Planungshorizont von 20 Jahren hat. Ursprünglich ist seitens SGV der Antrag gekommen, dass sie dort gerne eine Schiffsanlegestelle haben möchten. Man kann natürlich darüber diskutieren, wie wirtschaftlich sinnvoll das ist. Im Gemeinderat sind wir klar der Meinung, man sollte jetzt nicht mit dem Überweisen einer solchen Bemerkung die Option schliessen, sondern im Gegenteil, man sollte sie weiterhin offenhalten. Es ist uns auch klar, dass das nicht einfach so realisierbar sein wird, sondern dies muss man noch genau anschauen. Aber es

Thomas Zemp (CVP)

wäre wichtig, dass wir uns nichts verbauen, dass man die Raumsicherung macht und dass man zu gegebener Zeit dann schaut, ob man das realisieren will. Sei es für Kurschiffe oder Ausflugsschiffe, sei es in Kombination mit dem Restaurant im Seebad das kommen soll wenn man die Seebadi erneuert, sei es in Kombination mit einer Neugestaltung des Sand + Kies-Areals wo wir auch nicht wissen, was darauf alles passiert. Auch im Zusammenhang mit der S-Bahn-Station, die beim Eintreten schon erwähnt wurde. Da muss ich ergänzen: das ist natürlich schon «steter Tropfen höhlt den Stein». Wir wollen diese S-Bahn-Station Horw-See und wir machen alles dafür. Wir platzieren diese überall, wo wir nur können. Sie ist im Agglomerationsprogramm. Wir schauen, dass sie in den Richtplan kommt. Sie ist in unserem REK. Genau weil wir wollen, dass sie kommt. Und wenn man heute sagt, das ist nicht realistisch, dann ist klar, so verlieren wir. Aber wenn wir das erreichen wollen, dann muss man die Sache überall positionieren und sie muss überall enthalten sein. Darum würde ich die Option Schifflanlegestelle nicht einfach streichen.

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 20, Verkehr, öffentlicher Verkehr: «Die Kommission schätzt das Potenzial von einer Kursschifflanlegestelle als klein ein und es ist darauf zu verzichten.»

Ivan Studer (CVP)

**Der Antrag wird mit 7:15 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.**

Zu Seite 21, 2.8 Angestrebte Entwicklung Verkehr

Früher ist die Bushaltestelle Waldegg-Wegscheide in Fahrtrichtung Luzern weiter Richtung Horw gewesen. Aus Platzgründen ist sie früher mal Richtung Luzern verschoben worden. Damit ist ein langer Abschnitt auf der Kantonsstrasse ohne Bushaltestelle entstanden, der mit einer zusätzlichen Haltestelle wieder verkleinert und damit mehrere Quartiere besser an den ÖV angeschlossen werden könnten.

Antrag auf Bemerkung: «Es ist je Fahrtrichtung eine zusätzliche, oder die Verschiebung der bestehenden Bushaltestellen auf dem Abschnitt Waldegg-Wegscheide zu prüfen.»

Jürg Biese (FDP)

Zu Seite 21, 2.8 Angestrebte Entwicklung Verkehr

Lärm hat auf die Lebensqualität einen wesentlichen Einfluss. Die Ansprüche an Ruhe und damit Erholung werden immer grösser. Technisch bestehen viele Möglichkeiten, dem Anspruch gerecht zu werden. Die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats möchte diese in den weiteren Planungsprozessen berücksichtigen sehen.

Antrag auf Bemerkung: «In Planungsprozessen rund um den Strassenraum ist mit planerischen Instrumenten gegen Lärmemissionen einzuwirken.»

Thomas Zemp (CVP)

Zum Antrag Verschiebung Bushaltestelle oder Ergänzung: Das kann man im REK anmerken, das kann man natürlich auch im Richtplan Fuss- und Veloverkehr anmerken oder mit einem Postulat einbringen. Ich habe noch ein bisschen recherchiert zum Thema. Es ist einfach so, wir haben die Haltestelle nicht im Sanierungsplan enthalten. Das hängt damit zusammen, dass im Moment der Blindenfürsorgeverband Innerschweiz daran ist, ein Projekt zu erstellen. Mit ihnen koordinieren wir, dass man die Bushaltestelle ein wenig umgestalten könnte, wenn sie dann bauen. Wenn man die Bushaltestelle verschieben oder eine zusätzliche erstellen will, muss man sich bewusst sein, dass rein vom Raum her der heute zur Verfügung steht, würde das zwingend eine Fahrbahnhaltestelle sein. Die würde man so machen, wie man sie sonst hat auf der Kantonsstrasse, und das müsste man dann prüfen mit dem VVL, ob die Einsteigefrequenzen usw. stimmen und ob sich das rechnet. Es scheint mir noch wichtig: man kann nicht damit rechnen, dass es irgendwie eine Bushaltestelle geben wird, aus der der Bus herausfährt, sondern es müsste als zusätzliche oder verschobene Haltestelle eine Fahrbahnhaltestelle geben.

Wer den öffentlichen Verkehr benutzt - und das als Bemerkung zum Antrag Bushaltestelle - der möchte doch gleichermassen wie jemand, der den Individualverkehr benutzt, rasch vorwärtskommen. Vor allem, wenn er nach Zug, Zürich oder weiter pendelt. Zwischen der Allmend und Kreisel Merkur in Horw haben wir eigentlich nur noch eine längere Strecke mit Tempo 50, auf der man mit dem Bus effizient vorankommt. Es ist klar, dass es als Gemeinschaft in einem Fahrzeug mehrere Haltestellen braucht. Man kann nicht einfach von A nach B durchfahren. Aber ich möchte einfach darauf hinweisen, dass gerade für Menschen, die weitere Strecken zurücklegen müssen, die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs eben auch in diesem Vorwärtskommen liegt. Ich finde es bedenklich, wenn man den Verkehrsfluss zwischen Horw Zentrum und Luzern, der heute eine knappe Viertelstunde dauert, noch weiter ins Stocken bringen würde. Das ist jedenfalls die Befürchtung, wenn man eine zusätzliche Haltestelle machen würde. Ich plädiere deshalb für Ablehnung dieses Antrages, insbesondere was eine zusätzliche Haltestelle betrifft. Das andere, das Prüfen einer Verschiebung, finde ich im Rahmen des laut Medienberichten bevorstehenden Bauprojekts des Blindenheims durchaus eine Chance, wie es Gemeinderat Zemp gesagt hat. Das kann man so machen. Aber zusätzliche Bushaltestellen schaffen, ohne dass das die Anwohner reklamiert haben oder vielleicht eine soziale Institution das gewünscht hat, erscheint mir geradezu anmassend und jedenfalls nicht notwendig.

Reto von Glutz (SVP)

Erstens steht da «prüfen», ich glaube das geht wirklich um einen Prüfungsauftrag. Das zweite ist, dass sich die Situation in diesem Raum bereits schon stark verändert hat und sich gerade im Zusammenhang mit dem REK mit den Verdichtungsfragen verändern soll. Und dann darf man auch den ÖV einbeziehen. Die Veränderung, die bereits stattgefunden hat: ich darf erinnern, wir haben schon längere Zeit eine neue Haltestelle Mattenhof. Es ist ein grosser Strom, der jetzt die Haltestelle Mattenhof der S-Bahn und nicht mehr wie früher die Waldegg benutzt. Die Situation der Waldegg ist natürlich sehr peripher an der Siedlungsgrenze. Man hat eigentlich rundherum nur noch Wald und die einzige Siedlung ist das Blindenheim, das wirklich erschlossen ist. Von dem her lohnt es sich, über eine zusätzliche oder eine Verschiebung der Bushaltestelle nachzudenken. Es könnte sowohl Sonnsyterain wie das ganze Gebiet Brändi besser erschlossen werden, wenn die Bushaltestelle an einem anderen Ort oder wenn es eine zusätzliche Bushaltestelle wäre. Ich spreche hier nun auch als Anwohner, vielleicht hat sich auch jemand gemeldet.

Urs Steiger (L20)

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 21, Angestrebte Entwicklung Verkehr: «Es ist je Fahrtrichtung eine zusätzliche, oder die Verschiebung der bestehenden Bushaltestellen auf dem Abschnitt Waldegg-Wegscheide zu prüfen.»

Ivan Studer (CVP)

**Der Antrag wird mit 11:17 Stimmen abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 21, Angestrebte Entwicklung Verkehr: «In Planungsprozessen rund um den Strassenraum ist mit planerischen Instrumenten gegen Lärmemissionen einzuwirken.»

**Nach Stimmengleichheit in der 1. Abstimmung wird dem Antrag in der 2. Abstimmung mit 14:13 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**



Zu Seite 21, 2.8 Angestrebte Entwicklung Verkehr

Wir haben noch zwei Anträge zur angestrebten Entwicklung im Bereich Verkehr, und zwar geht es darum, dass man die Beruhigung und Erschliessung mit dem ÖV vorantreiben möchte und darum die beiden Anträge:

«In allen Wohnquartieren ist Tempo 30 zu realisieren.»

«Die Quartiere sind angemessen durch den ÖV zu erschliessen.»

Es gibt gewisse Quartiere, die noch nicht eine gute Erschliessung haben. Das müsste man vorantreiben, studieren und Lösungen suchen. Darum bitten wir, die Bemerkungen zu überweisen.

Urs Steiger (L20)

**Abstimmung:**

Antrag der L20, Seite 21, Angestrebte Entwicklung Motorisierter Individualverkehr und Parkierung: «In allen Wohnquartieren ist Tempo 30 zu realisieren.»

Ivan Studer (CVP)

**Der Antrag wird mit 13:15 Stimmen abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Antrag der L20, Seite 21, Angestrebte Entwicklung Motorisierter Individualverkehr und Parkierung: «Die Quartiere sind angemessen durch den ÖV zu erschliessen.»

**Der Antrag wird mit 9:16 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.**

Seite 23, 2.10 Angestrebte Entwicklung Klimaschutz und -anpassung

Die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats schlägt im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung zwei Anträge auf Bemerkungen zur Förderung des Klimaschutzes vor.

Antrag auf Bemerkung: «Die Gemeinde setzt sich für eine Verringerung von versiegelten Oberflächen ein, um zusätzliche Grünräume zu schaffen.»

Jürg Biese (FDP)

Seite 23, 2.10 Angestrebte Entwicklung Klimaschutz und -anpassung

Antrag auf Bemerkung: «Im Rahmen der Teilrevision ist auch die Nutzung der Fotovoltaik zu fördern.»

**Abstimmung**

Antrag der OPK, Seite 23, Angestrebte Entwicklung Klimaschutz und -anpassung: «Die Gemeinde setzt sich für eine Verringerung von versiegelten Oberflächen ein, um zusätzliche Grünräume zu schaffen.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 27:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 23, Angestrebte Entwicklung Klimaschutz und -anpassung: «Im Rahmen der Teilrevision ist auch die Nutzung der Fotovoltaik zu fördern.»

**Dem Antrag wird mit 22:5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**

Zu Seite 26, 2.12.1 Angestrebte Entwicklung Zentrum

Es ist schon klar, dass das Zentrum insbesondere für ältere Personen attraktiv gestaltet werden soll, weil sie sich infolge ihrer Mobilität eher am Zentrum orientieren müssen.

Das Zentrum soll aber auch für alle anderen Bevölkerungsgruppen attraktiv sein.

Antrag auf Bemerkung: «Das Zentrum ist für alle Altersgruppen attraktiv zu gestalten.»

Jürg Biese (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 26, Angestrebte Entwicklung Zentrum: «Das Zentrum ist für alle Altersgruppen attraktiv zu gestalten.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

Zu Seite 29, 2.12.3 Angestrebte Entwicklung Gewerbe und Mischquartiere

Im REK 2040 werden 5 Leitideen für Horw formuliert, wovon nur eine die Vielfältigkeit der Quartieren für unterschiedliche Nutzungsgruppen betrifft. Deshalb ist es der vorberatenden Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats wichtig, dass die Aussenräume von Quartieren nicht nur für eine funktionale, sondern für eine multifunktionale Nutzung ausgelegt werden sollen.

Antrag auf Bemerkung: «Die Aussenräume sollen nicht nur attraktiv, sondern auch multifunktional ausgestaltet sein.»

Jürg Biese (FDP)

Das wäre jetzt genau so etwas wie die Allmend, die wir im Seefeld planen.

Thomas Zemp (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 29, Angestrebte Entwicklung Gewerbe und Mischquartiere: «Die Aussenräume sollen nicht nur attraktiv, sondern auch multifunktional ausgestaltet sein.»

Ivan Studer (CVP)

**Der Antrag wird mit 11:15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.**

Zu Seite 29, 2.12.3 Angestrebte Entwicklung Gewerbe und Mischquartiere

Mir geht es um den letzten Punkt bei der angestrebten Entwicklung. Dort steht etwas zu den Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben.

Der Antrag lautet: «Für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe werden optimale Voraussetzungen für ihre Weiterentwicklung geschaffen. *Dies beinhaltet namentlich auch die Zugänglichkeit und die Erschliessung mit allen Verkehrsträgern, wobei Gewerbebetriebe über genügend Parkplätze verfügen sollen.*»

Stefan Maissen (FDP)

Das ist die Thematik der Gewerbebetriebe. Wenn man es ernst meint damit, dann muss man auch schauen, dass die Leute entsprechende Parkierungsmöglichkeiten haben. Es ist mir klar, Velo und ÖV ist wichtig - sogar sehr wichtig. Aber wenn Sie Gewerbebetriebe wollen, sei es Sanitär oder Elektro, ein Geschäft, das vielleicht auch mit Dienstleistungen arbeitet, ein Restaurant, das Lieferservice anbietet, dann müssen Sie gewisse Parkierungsmöglichkeiten anbieten. In welcher Form - sei es ein gemeinsames Parkhaus oder irgendetwas anderes - ist egal. Aber man muss es sicher berücksichtigen. Denn sonst schaffen Sie Gewerbezone oder Gewerbebetriebe, aber Sie werden dort kein Gewerbe finden. Wenn Sie im Mattenhof schauen, was dort mit den Läden passiert, das ist ein Trauerspiel. Es sind die besetzt ganz vorne am Gleis und der grosse Laden, der Parkplätze hat, und die anderen sind leer. Aber von dem her ist das für mich ein wichtiges Anliegen, das ich einbringen möchte.

**Abstimmung:**

Antrag der FDP, Seite 29, Angestrebte Entwicklung Gewerbe und Mischquartiere: «Für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe werden optimale Voraussetzungen für ihre Weiterentwicklung geschaffen. *Dies beinhaltet namentlich auch die Zugänglichkeit und die Erschliessung mit allen Verkehrsträgern, wobei Gewerbebetriebe über genügend Parkplätze verfügen sollen.*»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 17:9 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.**

Zu Seite 31, 2.12.4 Wohngebiete an Hanglage, Mehrfamilienhaus-Struktur

Die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats stellt fest, dass in Horw an Hanglagen extrem dicht gebaut wird und kaum mehr Grünflächen vorgesehen sind. Die Grundstücke werden baulich vollgestopft. Dem ist bei zukünftigen Regelungen für Bebauungen an Hanglagen Rechnung zu tragen.

Antrag auf Bemerkung: «Die künftige Regelung für das Bebauen von Hanglagen ist eine zentrale Thematik (das weitgehende Zubauen und der Entzug von Grünfläche), die anschaulich und vertieft darzustellen ist. Die Grünflächen sind bestmöglich zu erhalten.»

Jürg Biese (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 31, Wohngebiete an Hanglage, Mehrfamilienhaus-Struktur: «Die künftige Regelung für das Bebauen von Hanglagen ist eine zentrale Thematik (das weitgehende Zubauen und der Entzug von Grünfläche), die anschaulich und vertieft darzustellen ist. Die Grünflächen sind bestmöglich zu erhalten.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 24:4 Stimmen zugestimmt.**

Zu Seite S.3, Angestrebte Entwicklung Mehrfamilienhaus-Struktur

Wir haben vorhin bezüglich der Hanglagen gehört, dass teilweise üble Sachen gemacht werden. Wenn man gewisse Gebäude an gewissen Strassen sieht, die umgebaut wurden mit Parkgaragen direkt an der Strasse, ist das nicht unbedingt zielführend. Der Satz: «Oberirdische Parkplätze werden zugunsten des Freiraums reduziert» ist sicher gut und kann man grundsätzlich unterstützen. Ich würde aber noch ergänzen «sofern alternative Lösungen machbar sind (z.B. gemeinsame Parkgarage)». Denn sonst dient es dazu, dass Parkplätze weg sind und die Leute versuchen dann mit irgendwelchen Konstruktionen auf ihrem Grundstück Parkgaragen zu bauen, was nicht Sinn der Sache sein kann.

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag lautet: «Oberirdische Parkplätze werden zugunsten des Freiraums reduziert, *sofern alternative Lösungen machbar sind (z.B. gemeinsame Parkgarage).*»

**Abstimmung:**

Antrag der FDP, Seite 31, Angestrebte Entwicklung Mehrfamilienhaus-Struktur: «Oberirdische Parkplätze werden zugunsten des Freiraums reduziert, *sofern alternative Lösungen machbar sind (z.B. gemeinsame Parkgarage).*»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 11:9 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugestimmt.**

Zu Seite 33, 2.12.5 Wohnquartiere auf der Halbinsel, Angestrebte Entwicklung Wohnen auf der Halbinsel

Auf der Halbinsel sollen in den Wohnquartiere massvolle Verdichtungen angestrebt werden und ihren jetzigen Charakter beibehalten. Deshalb stellt die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats folgenden Antrag auf Bemerkung.

Antrag auf Bemerkung: «Der offene Charakter der Siedlung ist zu erhalten oder zu verbessern.»

Jürg Biese (FDP)

Es ist die Frage aufgekommen zu «offener Charakter», Herr Steiger hat das in seinem Eintreten gesagt. Ist damit wirklich Einfriedung bzw. Einzäunung der jeweiligen Grundstücke gemeint?

Leo Camenzind (CVP)

Es war ja eine Frage und darum wollen wir auch eine Antwort geben. «Offener Charakter» heisst nach unserem Verständnis, dass Siedlungen oder Häuser nicht einfach mit Grün oder Wänden zugebaut werden und dass man nichts mehr sieht, sondern dass die Durchgängigkeit, wenn man an diesen vorbeiläuft, Richtung Landschaft, Richtung See

Jürg Biese (FDP)

usw., ersichtlich ist und gewahrt bleibt. Wenn ich das nicht richtig verstanden hätte, können mich die Kollegen der OPK noch ergänzen.

Ich bringe noch eine Ergänzung an. Wir sehen einfach die Tendenz, dass man sich «einragt» und «einmauert». Zum Beispiel hatte man in den letzten Jahren an der St. Niklausenstrasse verschiedene Projekte. Der Charakter der Landschaft, dieser Siedlungslandschaft am See, ist weitgehend auch offen und transparent. Es kann ja durchaus mal einen Zaun haben, aber nicht, dass man einfach alles zuschliesst. Sonst sieht es am Schluss aus wie in Hergiswil an der Seestrasse, wo einfach wirklich alles völlig eingezäunt ist. Man muss auch ein wenig der «Gated Community» entgegenwirken, die sich einfach zumauert. Das ist auch das Thema, das wir beim Eintreten erwähnt haben. Da haben auch diese Wohnlagen gewisse Leistungen zur Qualität dieser Quartiere beizutragen und in diese Richtung geht die Bemerkung.

Urs Steiger (L20)

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 33, Wohnquartiere auf der Halbinsel, Angestrebte Entwicklung Wohnen auf der Halbinsel: «Der offene Charakter der Siedlung ist zu erhalten oder zu verbessern.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 19:7 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.**

Zu Seite 34, 2.12.5 Wohnquartiere auf der Halbinsel, Angestrebte Entwicklung Wohnen am See

Jürg Biese (FDP)

Es geht in die gleiche Richtung, auch beim Wohnen am See geht es darum, dass die zwar ruhige Wohnlage weiterhin durchgrünt sein soll und die Weitsicht nicht nur erhalten, sondern auch gestärkt wird. Wir haben es vorhin schon erklärt mit dieser Weitsicht. Es gibt am See verschiedene Grundstücke, die im Zusammenhang mit dem Aussichtsschutz mobile Sichtschütze angebracht haben, die gezogen werden wenn gebadet wird und nachher wieder aufgemacht werden, damit es nicht auffällt. Wände, die einfach gestellt werden und damit die Weitsicht, wenn man vorbeiläuft, nicht mehr gewährt. Dem sollte man entgegenwirken und darum die Bemerkung.

Antrag auf Bemerkung: «Die Qualitäten wie ruhige Wohnlage, starke Durchgrünung sowie Weitsicht sollen nicht nur erhalten, sondern gestärkt werden.»

Ivan Studer (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 34, Wohnquartiere auf der Halbinsel, Angestrebte Entwicklung Wohnen am See: «Die Qualitäten wie ruhige Wohnlage, starke Durchgrünung sowie Weitsicht sollen nicht nur erhalten, sondern gestärkt werden.»

**Der Antrag wird mit 12:14 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.**

Seite 35, 3.1 Fünf Leitideen für die zukünftige Entwicklung, Urbanes Rückgrat

Jürg Biese (FDP)

Die Hauptverkehrsstrassen als wichtige Verkehrsachsen und Lebensadern von Horw sollen aus Sicht der vorberatenden Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats prioritär als leistungsfähige Verkehrslinien dienen. Verstopfte Strassen würden das urbane Rückgrat nicht stärken, sondern schwächen.

Antrag auf Bemerkung: «Die wichtigen Verkehrsachsen sollen den Verkehr klar und effizient aufnehmen können.»

Das ist ein Antrag, der ein bisschen schwierig ist insofern, weil ich nicht genau weiss, was man sich darunter vorstellt. Natürlich müssen wir sicherstellen, dass der Verkehr in Horw funktioniert. Wir haben die Ringstrasse, die klar als Zubringer definiert ist, die eigentlich auch den Verkehr aufnehmen sollte und wir sollten schauen, dass der Verkehr nicht durch Horw hindurchfliesst. Die Kantonsstrasse hat eine andere Funktion. Das

Thomas Zemp (CVP)

REK sagt, dass man im Bereich des urbanen Rückgrats den Strassenraum attraktiver gestalten will, also auch als Freiraum nützen will, und so gesehen geht es in der Tendenz schon Richtung siedlungsorientierte Strassenräume und nicht Richtung verkehrsorientierte Strassenräume entlang der Kantonsstrasse. Es geht nicht in die Richtung 50, sondern eher verkehrsberuhigend und gewisse Aufenthaltsqualität schaffen im Strassenraum. Natürlich ist es unser Ziel, dass der Verkehr rollt. Aber es haben nicht alle Leute dieselbe Vorstellung, was man machen muss, damit der Verkehr rollt.

Die L20 lehnt den Antrag klar ab, und zwar im Sinne des Votums von Herrn Zemp. Wir haben aber, sollte dieser Antrag angenommen werden, einen Eventualantrag formuliert, im Sinne einer Präzisierung: «Die wichtigen Verkehrsachsen sollen den *Erschliessungsverkehr* klar und effizient aufnehmen können.»

Urs Steiger (L20)

**Abstimmung Gegenüberstellung Antrag L20 zu Antrag GR:**

Antrag der L20 zu Antrag GR, Seite 35, Fünf Leitideen für die zukünftige Entwicklung, Urbanes Rückgrat: «Die wichtigen Verkehrsachsen sollen den *Erschliessungsverkehr* klar und effizient aufnehmen können.»

Ivan Studer (CVP)

**Ergebnis Abstimmung: 23:2 Stimmen, bei 3 Enthaltungen**

**Abstimmung Gegenüberstellung obsiegender Antrag L20 zu Antrag OPK:**

Antrag der L20 zu Antrag OPK, Seite 35, Fünf Leitideen für die zukünftige Entwicklung, Urbanes Rückgrat: «Die wichtigen Verkehrsachsen sollen den *Erschliessungsverkehr* klar und effizient aufnehmen können.»

Ivan Studer (CVP)

**Ergebnis Abstimmung: 18:9 Stimmen, bei 1 Enthaltung**

Seite 35, Fünf Leitideen für die zukünftige Entwicklung, Vielfältige Quartiere «und attraktives Gewerbe»

Stefan Maissen (FDP)

Ich komme nun zum Antrag, den ich schon zu Beginn angekündigt habe betr. Gewerbe und Wirtschaft: «Besonderes Augenmerk soll auch auf gute Rahmenbedingungen für das Gewerbe gelegt werden. Es gilt, die bestehenden Qualitäten zu erhalten und neue Entwicklungsspielräume, insbesondere für ortsansässige Betriebe und Start-Ups, zu schaffen.»

Wir haben fünf Leitideen, die sind grundsätzlich gut. Die Gewichtung ist aus unserer Sicht ein wenig einseitig. Man spricht von attraktiven Quartieren, Polyzentrische Strukturen, Quartierzentren, Freizeit- und Bildungszentren und Vernetzung von Grün- und Freiräumen. Lebendig wird das Ganze nur, wenn ein Gewerbe Platz findet. Und damit meine ich nicht nur Yoga-Studios oder Coiffeur-Geschäfte, sondern auch das produzierende Gewerbe, Gastronomie etc. Wenn man die Ziele des REK auf Seite 15 erreichen will, ich zitiere: «Langfristig setzt sich die Gemeinde für die Erhöhung des Verhältnisses von Beschäftigten zu Einwohnern ein», dann müssen wir hier unbedingt auch etwas enthalten haben zum Thema Gewerbe. Unser Vorschlag wäre, dass man den ersten Leitsatz «vielfältige Quartiere» ergänzen würde mit «und attraktives Gewerbe» und den Satz unten anhängen würde beim entsprechenden Leitsatz.

**Abstimmung:**

Antrag der FDP, Seite 35, Fünf Leitideen für die zukünftige Entwicklung, Vielfältige Quartiere «und attraktives Gewerbe»: «Besonderes Augenmerk soll auch auf gute Rahmenbedingungen für das Gewerbe gelegt werden. Es gilt, die bestehenden Qualitäten zu erhalten und neue Entwicklungsspielräume, insbesondere für ortsansässige Betriebe und Start-Ups, zu schaffen.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 23:0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.**

Zu Seite 41, 3.4 Schlüsselgebiete der Siedlungsentwicklung nach innen

Gerade in wohlhabenden Gemeinden besteht der Anspruch nach grösseren Wohnräumen. Im Zusammenhang mit dem Ziel der Verdichtung nach innen entsteht dadurch die Gefahr, dass nicht mehr Wohneinheiten, sondern grössere Wohneinheiten erstellt werden, weshalb die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats folgenden Antrag auf Bemerkung stellt. «Das Ziel der Innenentwicklung muss sein, mehr Wohneinheiten zu schaffen und nicht Wohnraumerweiterung.»

Jürg Biese (FDP)

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Nicht weil wir im Prinzip dagegen sind, wir sind im Gemeinderat sogar im Prinzip dafür, aber der Antrag hat eine gewisse Ungenauigkeit. Von Verdichtung reden wir vor allem im Bereich des Talbodens, wo wir auch Möglichkeiten schaffen möchten für preisgünstigen Wohnraum. Mit dem Antrag in seiner Absolutheit, wie er jetzt formuliert ist, würde das eben auch heissen, dass es nicht möglich ist, zum Beispiel kleine Wohneinheiten 1 1/2 Zimmer-Wohnungen aufzulösen und 3 1/2 oder 4 1/2 Zimmer-Wohnungen zu bauen. Wir sind schon der Meinung, wenn man einen Ausnützungsbonus oder was immer gibt, dass man diesen nicht primär gebrauchen soll, um ein 200 m<sup>2</sup> Wohnzimmer zu erstellen. Das ist aber auch nicht unbedingt die Tendenz im Talboden. Aber wir müssen auch marktfähige Wohnungen haben in Horw. Es schleckt keine Geiss weg: der Wohnraumbedarf nimmt in der Tendenz zu, das muss irgendwo ein vernünftiges Mass haben. Wir müssen wirklich eine Umstrukturierung machen von heutigen sehr kleinen Wohnungen (von der Anzahl Zimmer und auch von den Flächen her), zu vernünftig grossen Wohnungen also marktfähigen Wohnungen. Der Antrag in dem Sinne unterstützen wir und unsere Absicht ist, dass wir irgendwelche Mechanismen einbauen, mit denen wir schauen, dass wir dort wo wir mehr Ausnützung geben, dass es im Sinn von mehr Wohnung ist. Aber am Schluss müssen das vernünftige Wohnungen sein.

Thomas Zemp (CVP)

Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen. Herr Zemp hat es richtig gesagt, es ist ein Ziel. Wir sprechen hier von einem Ziel und nicht von der operativen Umsetzung. Wie das nachher in der Teilrevision gemacht wird, das muss sich an diesem Ziel orientieren. Es geht jetzt nicht zwingend darum, jede Möglichkeit zu verhindern, aber als Grundziel vor allem mehr Wohneinheiten zu schaffen - und das muss das Ziel der Innenentwicklung sein - das muss man unterstützen.

Urs Steiger (L20)

In der Sache haben wir das gleiche Verständnis. Das höre ich jetzt auch aus dieser Präzisierung heraus.

Thomas Zemp (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 41, Schlüsselgebiete der Siedlungsentwicklung nach innen: «Das Ziel der Innenentwicklung muss sein, mehr Wohneinheiten zu schaffen und nicht Wohnraumerweiterung.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 18:9 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**

Seite 44, Kantonsstrasse (Abschnitt Waldegg-Wegscheide)

Die Abbildung 27 auf Seite 44 ist ein wenig verfänglich. Einerseits beim Bild oben, wo es steht «heutige Situation», da muss ich sagen, in diesem Abschnitt ist es alles andere als so dargestellt. Die Autos sind nicht so vor den Häusern parkiert. Unter anderem ist dort auch der Quartierspielplatz Ring, wo es relativ schöne Gärten vor den Häusern gibt. Ich finde das schade, dass man dies verengen will. Deshalb stelle ich hier den Antrag auf Bemerkung, dass man dort auf die Verengung verzichtet und dass man eine offene, breite Einfahrt hat mit diesen Vorgärten im Spielplatz Ring und dass man eher bei den Gebäuden mehr Stockwerke machen würde als hier abgebildet, aber dafür eine breitere Promenade.

Ein schlechtes Beispiel sieht man im Zentrum - also für die einen ein schlechtes - das sind die gelben Blöcke an der Ringstrasse, die extrem eng an der Ringstrasse sind. Auch in der Zone 30, wo sich Schuler Weine und der Chäslade und Immobilien Valle befinden, das ist auch relativ sec an der Strasse und so eine Häuserschlucht. Das ist jetzt auch für die Einfahrt von Horw nicht unbedingt empfehlenswert. Wie gesagt, wenn man die grünen Flächen hat auch von dem Quartierspielplatz Ring, das ist ein Mehrwert dort für die Einfahrt Horw. Auf der anderen Seite wäre eigentlich auch der Dorfbach, wo es jetzt schon zwei Durchgänge mit zwei Brücken hat, wenn man auch das besser mit einbeziehen würde, als dort einfach nur so verdichten.

**Abstimmung:**

Antrag von Urs Röllli, FDP, Seite 44, Kantonsstrasse (Abschnitt Waldegg-Wegscheide): «Eine Verengung der Kantonsstrasse Wegscheide bis Waldegg - wie im Projekt vorgesehen - soll so nicht realisiert werden. Eine offene breite Einfahrt nach Horw Wegscheide ist vorzusehen, wobei die Vorgärten im Gebiet "Spielplatzring" erhalten bleiben sollen. Nach Möglichkeit ist ein Radweg zu prüfen. Der grosszügige Freiraum lädt somit auch zum Flanieren ein. Die Verdichtung soll in der Höhe sein, mit z.B. einem Plus von 2 - 3 Stockwerken, Grünflächen um und zwischen den Häusern sollen erhalten bleiben. Der Einbezug des Dorfbachs soll in diesem Abschnitt der Kantonsstrasse geprüft werden.»

**Dem Antrag wird mit 14:13 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**

Seite 41, Schlüsselgebiete der Siedlungsentwicklung nach innen

Ich habe ein Rückkommen auf Seite 41. Ich habe das leider erst jetzt gemerkt. Beim Eintreten habe ich erwähnt, dass man im Gebiet Schiltmatt-Neumatt eine leichte Verdichtung zulassen sollte. Ich habe den Antrag nicht geschrieben, ich mache den jetzt spontan, weil ich das beim Eintreten gesagt habe, dass man hat dort bereits schon in der Planung eine leichter Verdichtung vorgesehen war. Wir würden gerne die Bemerkung noch überweisen, damit dies irgendwie noch in die Planung einfließen kann. Der Antrag wäre: «Im Gebiet Schiltmatt-Neumatt soll eine leichte Verdichtung zugelassen werden.»

Ich würde bitten, diesen Antrag abzulehnen. Eigentlich schon vorher der Antrag der FDP. Wenn man sieht, wie man diese Gebiete, für die man die Innenentwicklung angedacht hat, wie man die entwickelt hat, da hat man doch einen relativ grossen Aufwand betrieben. Einerseits mit Studien, was ist denkbar/möglich, was sind die Auswirkungen, man hat Versionen und Varianten diskutiert, man hat die auch in den Quartiergesprächen diskutiert und dort einbezogen. Und jetzt die beiden Anträge, die kommen aus dem Nichts. Die Auswirkungen werden dabei nicht studiert. Ich würde einfach empfehlen, die beiden Anträge so zu formulieren, wie man das bei der Allmendstrasse gemacht hat, wo man gesagt hat, prüft das doch nochmals in der nächsten Studie. Genau aus dem Grund, weil man schon ein Verfahren gehabt hat. In dem Sinne würde ich bitten, den Antrag zurückzuziehen oder ein bisschen anders zu formulieren, dass man das überprüft und nicht einfach jetzt festsetzt und den Auftrag gibt, das so zu realisieren. Dann

Urs Röllli (FDP)

Ivan Studer (CVP)

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Urs Steiger (L20)

haben wir die Diskussion nämlich wieder später und wissen nicht im Detail Bescheid.

Es ist eigentlich nur ein Antrag. Ich weiss nicht, warum Herr Steiger von zwei Anträgen spricht. Es geht um Horw Ost, zu dem im Einwohnerrat bereits Pläne vorgelegen sind, wo ja nicht eine Einfamilienhäuser-Siedlung ist, sondern auch mehrstöckige Häuser und es ist nur eine Ergänzung, was dort ja bereits passiert oder schon angedacht ist. Das gehört eigentlich zusammen und wir sind überrascht, dass es nicht enthalten ist und darum wäre das der Antrag gewesen, dass man eine leichte Verdichtung zulässt im Gebiet Schiltmatt-Neumatt. Das ist ein Antrag und ich glaube es macht keinen Sinn, dass ich den zurückziehe, weil wenn man die Planung anschaut, dann ist es ja ein Stück weit bereits passiert. Es ist einfach, dass man das Gebiet anschaut und nicht nur einen Teil macht und den anderen nicht. Da ist noch nichts genagelt, es ist einfach ein Antrag auf Bemerkung: «Im Gebiet Schiltmatt-Neumatt soll eine leichte Verdichtung zugelassen werden.» Wer nicht weiss, wo das ist: das ist dort, wo heute der Spycher steht und das Geschäft war bereits mal im Rat. Für die, welche noch nicht so lange im Rat sind: dort hat man Mehrfamilienhäuser angedacht, also eine leichte Verdichtung passt dort vermutlich noch rein.

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Es ist natürlich schon komplexer. Man muss es dann genauer anschauen. Der Antrag ist so formuliert, dass man sagt, man solle das zulassen. Neumatt-Schiltmatt ist Hanglage, das wird eh noch ein Thema sein, wie man das transformieren könnte in die Überbauungsziffer. Das werden wir genau anschauen. Aber man kann das jetzt nicht einfach über eine Leiste schlagen mit dem Bebauungsplan Dorfkern Ost, der hat einen bestimmten Zweck. Dort spricht man von einem Kern. Wenn ich mich an die Diskussion hier im Rat erinnere, da hat man gefunden, das will man nicht. Häufig hat es geheissen, es ist zu dicht. Und jetzt höre ich wieder, man soll nach oben auch noch verdichten. Es ist schwierig. Ich wehre mich nicht bei jedem Antrag. Es ist für mich interessant, wie es politisch ist und die Anträge, die 14:13 sind, da muss man sich als Gemeinderat überlegen, das nehmen wir mit, aber das ist nicht ein klarer Fall, was man will. «Sowohl als auch» oder eben «gar nicht». Das kann man so werten.

Thomas Zemp (CVP)

Ich möchte das Ganze nicht komplizierter machen, aber im Sinne wie es Herr Steiger gesagt hat, dass nachher noch der 18. Antrag der OPK folgt und dass man Ergebnisse aus einem Quartiergespräch nochmals überprüft. Wir reden jetzt von vier Gebieten. Und das Gebiet Schiltmatt-Neumatt wäre ja eigentlich eine Art fünftes Gebiet, wo mit dem Dorfkern Ost bereits ein Teil verdichtet ist und man könnte für die zweite Phase einen Antrag auf Bemerkung überweisen, dass man dieses Gebiet hinsichtlich einer leichten Verdichtung auch noch überprüft.

Jürg Biese (FDP)

Frau Strässle, halten Sie an Ihrem Antrag fest oder möchten Sie den Antrag abändern?

Ivan Studer (CVP)

Nachdem ich jetzt noch Unterstützung von Herrn Biese erhalten habe, halte ich an diesem Antrag fest.

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag von Ruth Strässle, FDP, Seite 41: «Im Gebiet Schiltmatt-Neumatt soll eine leichte Verdichtung zugelassen werden.»

Ivan Studer (CVP)

**Der Antrag wird mit 1:22 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.**

Ich stelle jetzt den Antrag, ich meinte es war vorhin genug verständlich, dass man im Bereich Schiltmatt-Neumatt in der nächsten Phase eine leichte Verdichtung überprüft, dies quasi als fünftes Gebiet dazu nimmt. Ich würde beliebt machen, dass man dies so aufnimmt.

Jürg Biese (FDP)



**Abstimmung:**

Antrag von Jürg Biese, FDP, Seite 41: «Im Gebiet Schiltmatt-Neumatt wird eine leichte Verdichtung überprüft.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 13:8 Stimmen, bei 7 Enthaltungen zugestimmt.**

Zu Seite 48, Allmendstrasse

Die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrats hat den Protokollen zu den Quartiergesprächen entnommen, dass in einzelnen Gebieten die Ideen des REK 2040 nur teilweise auf Zustimmung und Offenheit stossen. Es hat da und dort zurückhaltende Euphorie oder gar eher eine ablehnende Haltung gegenüber Veränderungen gegeben, was bei einer Verdichtung nach innen durchaus verständlich ist. Diese Feststellung trifft insbesondere auf das Quartier Allmendstrasse zu, wo insbesondere auch parzellenübergreifende Entwicklungen und Bebauungen zur Diskussion stehen. Hier müssen die Ergebnisse des Quartiergesprächs nochmals detailliert angeschaut werden, weshalb die vorberatende Kommission Ortsplanungsrevision des Einwohnerrates folgenden Antrag auf Bemerkung stellt: «Bitte das Ergebnis Quartiergespräch nochmals Richtung parzellenübergreifender Entwicklung/Bebauung in Szenarien prüfen.»

Jürg Biese (FDP)

Der Gemeinderat ist eigentlich auch dieser Meinung gewesen. Wir wollten eine Gebietsentwicklung Bachstrasse-Allmend machen. Es ist meine Pflicht, Sie darauf hinzuweisen: als Ergebnis des Quartier-Workshops mit rund 60 Teilnehmenden ist sehr klar herausgekommen, dass man das nicht will. Aus raumplanerischer oder Gemeinde-Sicht kann man das anders sehen, aber dann müssen Sie sich überlegen, wie Sie mit dem umgehen wollen. Es war ein Mitwirkungsprozess, der gelaufen ist und ich erinnere Sie an die Petition «Gebietsentwicklung Bachstrasse-Allmend» vom 29.11.2017. Ich glaube, Pius Barmet war dort Petitionär, er kann eventuell auch noch etwas dazu sagen. Die Willensäusserung seitens Bewohner ist klar. Jetzt müssen Sie sich einfach überlegen, ob Sie diese quasi überstimmen und uns sagen, wir sollen das nochmals prüfen.

Thomas Zemp (CVP)

Es ist völlig klar, dass man in der Diskussion an dem einen Abend eine gewisse Haltung hat und es ist auch richtig, dass man die zur Kenntnis nimmt. Das hat man hier auch abgebildet. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage: wohin will man? Das sind nach wie vor die zentralsten Gebiete, in zwei mal fünf Minuten links und rechts ist man am Bahnhof. Das sind extrem zentrale Gebiete und da darf man durchaus für ein Szenario für die nächsten 20 Jahre Überlegungen anbringen und nicht einfach an der Bebauung aus den 40-Jahren bleiben. Ich sage mal, die Leute, die da anwesend waren, die wohnen jetzt da und die haben das zwar gewählt und darum leben Sie auch dort, es gefällt ihnen. Das ist verständlich. Aber im Sinne einer weitsichtigen Überlegung muss man auch eine Perspektive geben. Die Leute ziehen weg, es gibt vielleicht auch Erbschaften oder was weiss ich, da entstehen andere Entwicklungsperspektiven. Auch wenn ich mich sehr stark für die Mitwirkung und Partizipation einsetze, meine ich es darf durchaus nochmals darüber nachgedacht werden und vielleicht kommt man dann wieder zum selben Schluss - das ist ok - aber vielleicht gibt es dann die Argumente aus dem Gespräch zu überlegen.

Urs Steiger (L20)

**Abstimmung:**

Antrag der OPK, Seite 48, Allmendstrasse: «Bitte das Ergebnis Quartiergespräch nochmals Richtung parzellenübergreifender Entwicklung/Bebauung in Szenarien prüfen.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 14:11 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugestimmt.**

Seite 52, Abbildung 37, Entwicklungsvorstellung Riedmatt-Schöngrund

Wie ich im Eintreten bereits erwähnt habe, ist die FDP-Fraktion nicht wirklich glücklich mit der Planung, wie man sie auf Seite 52, Abbildung 37 sehen kann. Wir haben das Gefühl, der Dorfbach kommt viel zu wenig zur Geltung in Bezug auf was formuliert wäre mit «Chance zur Stärkung des Bezuges der Wohnungen zum Dorfbach» und darum möchten wir die Bemerkung überweisen: «Die Entwicklungsvorstellung Riedmatt-Schöngrund ist neu zu gestalten, zu überarbeiten, mit besserem Bezug zum Dorfbach.»

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Ich muss darauf hinweisen, das ist keine Planung, sondern das sind Zielbilder, die kommen aus dem Quartier-Workshop. Damit hat man gezeigt, wie entwickelt sich das, wenn man nur leicht verdichtet, quasi an den bestehenden Strukturen etwas erhöht, wie entwickelt es sich, wenn man stark verdichtet aber dann natürlich auch die grösseren Überbauungen macht mit mehr Freiräumen. Das sind Zielbilder, aber das ist weit weg von einer Planung. Sie müssen aufpassen, wie Sie den Antrag formulieren, damit Sie am Schluss nicht plötzlich den Antrag so stellen, der die Entwicklung in diese Richtung gar nicht zulässt. Es ist absolut die Idee, dass man die Freiräume aufwertet, dass man den Bachraum bespielt und nutzbar macht. Das sieht man auch im Rahmen des Bachprojektes, da gibt es durchaus Grundeigentümerschaften, die daran interessiert sind, einen anständigen Bachzugang zu machen und das in ihre Umgebung zu integrieren. Aber Sie sind auf der falschen Flughöhe, wenn Sie das Gefühl haben, das wird so realisiert, wie es hier aussieht.

Thomas Zemp (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag der FDP, Seite 52, Abbildung 37: «Die Entwicklungsvorstellung Riedmatt-Schöngrund ist neu zu gestalten, zu überarbeiten, mit besserem Bezug zum Dorfbach.»

Ivan Studer (CVP)

**Der Antrag wird mit 6:19 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.**

Seite 56, Seefeld/Areal Sand + Kies AG

Wie ich es im Eintreten bereits erwähnt habe, möchte die CVP-/GLP-Fraktion einen Antrag auf Bemerkung machen und zwar folgenden: «Der Gemeinderat wird gebeten, im Rahmen der aktuell laufenden Teilrevision der Ortsplanung die notwendigen Schritte einzuleiten, um das Werkgeländer der Tschümperlin AG – Grundstück Nr. 1463 – als Zone für öffentliche Zwecke auszuscheiden.»

Roger Eichmann  
(CVP)

**Abstimmung:**

Antrag der CVP, Seite 51, Seefeld/Areal Sand + Kies AG: «Der Gemeinderat wird gebeten, im Rahmen der aktuell laufenden Teilrevision der Ortsplanung die notwendigen Schritte einzuleiten, um das Werkgeländer der Tschümperlin AG – Grundstück Nr. 1463 – als Zone für öffentliche Zwecke auszuscheiden.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 27:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**

**Abstimmung Beschluss:**

**Das Räumliche Entwicklungskonzept (REK) 2040 wird mit 26:1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Ivan Studer (CVP)